

Was können wir im Europäischen Parlament bewirken?



Wer wir sind

Bündnis C – Christen für Deutschland



Obwohl auch auf Bundestags- und auf EU-Ebene festgestellt wurde, dass der Einmarsch der Türkei in Afrin völkerrechtswidrig ist, wird unserem NATO-Partner Türkei kein Einhalt geboten.

Wir wollen Menschen aus der Region Gehör verschaffen zu den Verbrechen und der Zerstörung, die die türkische Armee mit ihren islamistischen Verbündeten verübt. Kurdische Politiker sollen aktiv und diplomatisch die Situation in Rojava und im Irak in Menschenrechtsorganisationen, NGOs und ins Europäische Parlament einbringen können.

Wir als Bündnis C fordern:

- Maßnahmen zum Schutz der Jesiden in Sinjar und der assyrischen Christen in der Ninive-Ebene für den Aufbau einer Selbstverwaltung und eigener Sicherheitskräfte.
- Ein internationales Gericht in Nordost-Syrien für die Verbrechen des IS an den Jesiden in Sinjar, in Syrien und im Irak.
- Die unverzügliche Beendigung der Besetzung Afrins durch die Türkei.
- Der Luftraum in Nordsyrien und im Nordirak muss für türkische Kampfflugzeuge geschlossen werden.
- Die Verbrechen türkischer Militärkommandanten und Milizionäre müssen bei der internationalen Gerichtsbarkeit eingereicht werden.
- Die Unterstützung der aktiven Rolle der Kurden und der multiethnischen Bevölkerung für den Frieden im Nahen Osten durch die EU.
- Aufgrund der Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union vom 15. November 2018, dass die Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste 2014–2017 rechtswidrig war, muss die bisherige Politik gegenüber den kurdischen Freiheitsbewegungen überprüft werden. Das folgt auch aus verschiedenen Urteilen des Höchsten Gerichts in Belgien, wo festgestellt wurde, dass die PKK keine Terrororganisation, sondern Teil eines internen Konflikts in der Türkei ist.
- Der EEAS (EU-Auslandsdienst) muss ab sofort mit der Selbstverwaltung in Nordost-Syrien (Rojava) und in Sinjar zusammenarbeiten.



Bündnis C hat sich als politische Partei einer Politik nach christlichen Grundsätzen verpflichtet und bringt sich damit ins politische Geschehen ein. Unseren politischen Lösungen liegen das biblische Menschenbild und die christliche Ethik zugrunde, die unsere Kultur und den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat von ihren Wurzeln her geprägt haben.

European Christian Political Movement (ECPM)



Bündnis C ist Mitgliedspartei der European Christian Political Movement. Die ECPM hat sich auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten für Kurden, Jesiden und syrisch-assyrische Christen eingesetzt, die gegen den IS gekämpft haben und unter den türkischen Angriffen leiden.

Am 26. Mai 2019 tritt Bündnis C bei der Europawahl an.

Unsere Spitzenkandidaten Arne Gericke (Mitglied des Europäischen Parlaments) und Karin Heepen (Bundesvorsitzende Bündnis C) wollen die Abgeordneten der ECPM weiter im Europaparlament verstärken.



Es gibt bei der Europawahl keine Prozenzhürde. Ab 0,6% der Stimmen sind wir mit einem Sitz im EU-Parlament!



Unterstützung für Kurden und Jesiden

bündnis C

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
Telefon: 0721-49 55 96
E-Mail: info@buendnis-c.de
Internet: www.buendnis-c.de



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte liegen bei Bündnis C. Die Bildrechte liegen bei: S.1: Sallux ECPM Foundation; S. 2: Voice of America News; Scott Bobb reporting from Afrin, Syria; S. 3: Qasioun News Agency; S. 4: AFP; S. 5: Clker-Free-Vector-Images, Foto: Sallux ECPM Foundation; S. 6: Christian Dorn auf Pixabay, Fotos: European Union 2018.

bündnis C
Christen für Deutschland
www.buendnis-c.de

Warum steht Bündnis C für die Kurden und Jesiden in Syrien und im Irak ein?

Nach dem Abzug großer Teile der Pro-Assad-Regierungsgruppen aus dem Norden Syriens im Jahr 2012 übernahmen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Kontrolle über die Region. 2014 wurde unter dem Namen Rojava (Westkurdistan) in Nordost-Syrien eine Föderation der drei Kantone Afrin, Kobani und Jazira mit einer Demokratischen Selbstverwaltung (DSA) errichtet.

Unter Beteiligung aller Volksgruppen wurde hier der Grundstein für ein demokratisches Syrien gelegt. Die "Charta des Gesellschaftsvertrags" von Rojava gründet auf demokratischen Werten, Pluralismus der Kulturen und Gleichheit der Geschlechter. Kurden und Jesiden, Araber und Aleviten, Assyrer und Turkmenen leben und arbeiten hier friedlich zusammen.

Unter schwierigsten Bedingungen wurde eine funktionierende Infrastruktur mit Schulen, Krankenhäusern, Polizei, Universitäten, Internet-Telefonnetz sowie Wasser- und Stromversorgung aufgebaut.

Die Region blieb seitdem vom syrischen Bürgerkrieg weitgehend verschont und nahm in den vergangenen Jahren mehr als 1 Million Binnenflüchtlinge auf.

Mit den Syrisch-Demokratischen Streitkräften (SDF) und der Unterstützung der US-Verteidigungstruppen haben die YPG den Islamischen Staat (IS) in Nordostsyrien geschlagen.

Etwa 10000 gefallene, mehrheitlich kurdische Kämpferinnen und Kämpfer haben damit auch zu unserer Sicherheit in Europa beigetragen.



Im Januar 2018 hat die türkische Armee mit ihren verbündeten islamistischen Milizen völkerrechtswidrig die Region Afrin besetzt und große Teile der einheimischen Bevölkerung vertrieben. Nun droht Präsident Erdogan mit dem Einmarsch seiner Armee in Rojava und hat an der syrischen Grenze bereits 80 000 Soldaten und seine Luftwaffe in Stellung gebracht.

Deutschland toleriert und finanziert die türkische Politik in Nordost-Syrien mit

Kanzlerin Merkel verurteilte in einer Regierungserklärung im März 2018 das Vorgehen der Türkei in Afrin, Konsequenzen folgten daraus nicht. Beim Einmarsch der Türkei in Afrin waren deutsche Panzer und deutsche Waffen im Einsatz.

Über das „Europäische Zentrum für Kurdische Studien“ (EZKS) flossen aus Deutschland mehr als 800 000 Euro an den National-konservativen kurdischen Nationalrat (ENKS). Der ENKS ist der türkischen Regierung hörig, sitzt mit im Rat von Afrin, der von der Türkei eingesetzt wurde, und hat gegenüber der Brutalität des türkischen Staates in Afrin geschwiegen.

Mit der Petition „Stopp der türkischen Invasion in Afrin!“¹ hat Bündnis C Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Gabriel aufgefordert, Ihren Einfluss auf die türkische Regierung geltend zu machen, um den Massakern ein Ende zu setzen.



Aus Deutschland darf es keine Rüstungsexporte in die Türkei mehr geben, solange die türkische Regierung ihre Politik der Aggression und Unterdrückung fortsetzt.

Europa darf sich auch mit dem Flüchtlingsdeal von der Türkei nicht länger erpressbar machen. Es sollen keine weiteren Geldmittel für die Versorgung von Flüchtlingen an die Türkei gehen.

Stattdessen sollen diese Mittel an die Demokratische Selbstadministration (DAS) in Nordost-Syrien gezahlt werden, damit die syrischen Flüchtlinge aus den Lagern der Türkei in den befriedeten Regionen Nordost-Syriens wieder angesiedelt werden können.

Statt Diktaturen wie die Türkei und den Iran weiter zu besänftigen, setzen wir uns für fundamentale Freiheiten für alle Volksgruppen in der Region ein.

Keine weiteren Allianzen mit der Türkei!

Bisher hat die Politik in Deutschland und Europa die Realität in Syrien, im Irak, in der Türkei und im Iran weitgehend ignoriert, wenn es um die Unterdrückung von Kurden und Jesiden geht. Das wollen wir ändern.

Als christliche Partei glauben wir an das Recht auf Grundfreiheiten aller Menschen und jeder ethnischen Herkunft. Dies ist kein ausschließliches Recht für uns Menschen der westlichen Demokratien. Die Außenpolitik Deutschlands und der EU muss sich grundlegend ändern und eine Kultur der Freiheit besonders im Nahen Osten fördern.

2014 wurden die Jesiden in Sinjar Opfer eines Völkermordes durch den IS. Noch immer sind sie im Visier der Türkei und des Iran und bekommen nicht die Unterstützung, die sie brauchen für ihre Rückkehr und den Aufbau einer Selbstverwaltung in Sinjar.

Wir haben gesehen, wie die Kurden in Bakur, Basur und Rojava (Türkei, Irak und Syrien) vom türkischen Regime angegriffen wurden. Die Invasion der Türkei in Afrin kommt dem Völkermord des IS an den Jesiden in Sinjar gleich. Dennoch schweigen Deutschland und



Europa, obwohl die Türkei unsere wahren Verbündeten angreift.

Europa und Deutschland müssen mit der Vorstellung brechen, dass wir die Türkei für unsere Sicherheit brauchen.

Die Türkei unterstützt den IS und schützt Al Qaida in

Syrien. Sie bedroht die demokratische Region Nordost-Syrien und den Aufbau einer stabilen und friedlichen Gesellschaft in der Kriegsregion.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) verhandelt nach wie vor nicht mit Vertretern der SDF und der Autonomen Verwaltung von Nordost-Syrien, sondern stützt die türkischen und iranischen Interessen und die des Assad-Regimes.

Nun forderte Israel die USA offen auf, im Nordosten Syriens zu bleiben und die junge Demokratie in dieser Region zu schützen.

¹ <https://www.citizengo.org/de/sy/150545-stop-der-tuerkischen-invasion-afrin>